



Hauptausschuss

10. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

22. Februar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:31 Uhr

12:52 Uhr bis 14:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046
APr 17/141, APr 17/143

Der Gesetzentwurf Drucksache 17/1046 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

¹ Vertraulicher Teil zu TOP 7 siehe vAPr 17/4

2 Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/818
APr 17/146

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD
gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis
90/Die Grünen der Fraktionen abgelehnt.

**3 Gesetz zur Zustimmung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur
Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster
Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze
(16. Rundfunkänderungsgesetz) 13**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1565

Der Hauptausschuss spricht sich einstimmig für eine pflichtige
Beteiligung aus.

**4 Verordnung zur Verleihung der Rechte einer Körperschaft des
öffentlichen Rechts an die Selbstständige Evangelisch-Lutherische
Kirche K. d. ö. R. mit Sitz in Hannover im Wege der Zweitverleihung 14**

Vorlage 17/453

Die Anhörung des Hauptausschusses ist erfolgt.

**5 Verordnung zur Verleihung der Rechte einer Körperschaft des
öffentlichen Rechts an die Erzdiözese der Syrisch-Orthodoxen Kirche
von Antiochien in Deutschland mit Sitz in Warburg 15**

Vorlage 17/454

Die Anhörung des Hauptausschusses ist erfolgt.

- 6 Ergebnisse des letzten Ehrenamtskongresses vom 16. Oktober 2018 in Bonn** **16**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/536
- 7 Beschäftigung eines Aussiedler-Beauftragten der Landesregierung auf Honorarbasis** **21**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/535
- 8 Einschätzung der Landesregierung zum Lottovertrieb durch Discounter** **32**
- Bericht
der Landesregierung
- 9 Welcher Standort ist für die Durchführung des NRW-Tages 2018 vorgesehen?** **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/562
- 10 Verschiedenes** **39**
- ohne Diskussion –

3 Gesetz zur Zustimmung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (16. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1565

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk teilt mit, der federführende Ausschuss für Kultur und Medien habe sich entschieden, am 8. März 2018 um 15:30 Uhr eine Anhörung zu diesem Staatsvertrag durchzuführen. In der heutigen Sitzung sei daher nur ein Verfahrensbeschluss zu fassen.

Daniel Hagemeier (CDU) regt für die Koalitionsfraktionen eine pflichtige Beteiligung an, da Staatsverträge von der Ablauforganisation her auch Teil des Hauptausschusses seien.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) ergänzt, dass Staatsverträge eigentlich federführend in den Hauptausschuss gehörten, und zwar unabhängig vom Thema. Sie rege an, dieses Thema noch einmal in die PGF-Runde zu bringen. Wenn dem Hauptausschuss diese originär dorthin gehörende Aufgabe genommen werde, könne man sich langsam fragen, was ihm denn überhaupt noch verbleibe.

Markus Wagner (AfD) spricht sich ebenfalls für eine pflichtige Beteiligung aus.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk weist darauf hin, dass der Hinweis bereits an die PGFs weitergeleitet worden sei. Das Präsidium könne in geeigneter Weise bei der Feststellung der Tagesordnung des Plenums darauf Einfluss nehmen.

(Carina Gödecke [SPD]: Das Plenum hat damit gar nichts zu tun!)

– Immerhin habe der Ältestenrat damit zu tun, woran das Präsidium teilnehme. So könnten die Beratungen aus den Erfahrungen vorangegangener Legislaturperioden entsprechend beeinflusst werden. Jedenfalls bestehe Einigkeit darüber, dass der Hauptausschuss seine Aufgabenzuständigkeiten nicht entkernt sehen wolle.

Der Hauptausschuss spricht sich einstimmig für eine pflichtige Beteiligung aus.

